

Wissenschaftsrat: Ausgaben für Wissenschaft und Bildung sind Zukunftsinvestitionen

Die zweite Stufe der Föderalismusreform verfolgt das Ziel, die gesamtstaatlichen Verschuldungsspielräume langfristig zu begrenzen. Im Hinblick darauf ist es für den Standort Deutschland von großer Bedeutung, Aufwendungen für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in den öffentlichen Haushalten eine klare Priorität einzuräumen. Dies sollte bei den Beratungen zur Föderalismusreform berücksichtigt werden.

Aufwendungen für Wissenschaft und Bildung sind Investitionen in die Zukunft; ihre zentrale Bedeutung für Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft wird inzwischen von allen Seiten gesehen. Wissenschaft und Bildung sind unsere wichtigsten Ressourcen. Daher ist es zu begrüßen, dass Bund und Länder in jüngster Zeit viel unternommen haben, um das deutsche Wissenschaftssystem zu stärken. Zu denken ist hier insbesondere an die Exzellenzinitiative, den Pakt für Forschung und Innovation sowie den Hochschulpakt 2020. Um das in Lissabon vereinbarte Ziel zu erreichen, den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 auf 3 % zu erhöhen, und um das deutsche Wissenschaftssystem international konkurrenzfähig zu machen, sind weitere erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Vor diesem Hintergrund hält es der Wissenschaftsrat für erforderlich, öffentliche Aufwendungen für das Bildungs- und Wissenschaftssystem künftig nicht mehr gegenüber Sachinvestitionen zu benachteiligen. Solche Aufwendungen leisten einen erheblichen Beitrag zum volkswirtschaftlichen Wachstum. Sie ermöglichen Innovationen und somit die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei muss sichergestellt werden, dass der neue Investitionscharakter von Bildungs- und Wissenschaftsausgaben dem Ziel der nachhaltigen Konsolidierung und der Einführung strengerer Verschuldungsgrenzen nicht entgegensteht. Ein hohes Qualifikationsni-

veau der Bevölkerung ist im Zeitalter der Globalisierung ein entscheidender Standortvorteil für unser Land. Auf dem Wege der Anerkennung von Bildungs- und Wissenschaftsausgaben als Investitionen kann in haushaltspolitischen Entscheidungen eine Privilegierung dieser Aufwendungen erreicht werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die öffentlichen Gesamtausgaben für Wissenschaft und Bildung nennenswert und dauerhaft zu erhöhen.